



Beschlussvorlage für die Gemeindevertretung

Vorlage Nr.	BV-075/2018	öffentlich	Datum
Bearbeiter	Frau Bolze		20.11.2018
Einreicher	Fraktionsgem. GRÜNE/FDP, Fraktionen CDU, BfZ, DIE LINKE		

Betreff:

Beschluss zur Wahl des/der Vorsitzenden des Dialogforums Airport Berlin Brandenburg

Beratungsfolge:			
Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Ö	04.12.2018	Gemeindevertretung	Entscheidung

Begründung:

Der Bau des neuen Flughafens Berlin Brandenburg BER ist eines der größten Infrastrukturprojekte Deutschlands. Er eröffnet vielfältige Chancen für unsere Region. Schon heute kann sich das Wachstum in den angrenzenden Landkreisen Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming als auch den Berliner Südbezirken sehen lassen. Damit die Chancen für die Region optimal genutzt werden können, wurde die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Dialogforum (KAG DF) von den umliegenden Kommunen, Landkreisen (TF und LDS), Bund und Ländern Berlin und Brandenburg sowie Flughafenbetreiber ins Leben gerufen.

Ziel der KAG DF ist es, die Interessen der betroffenen Gemeinden, der Wirtschaft, des Flughafens und der Länder Berlin und Brandenburg untereinander fair, offen, transparent und konsensorientiert abzuwägen und zielführend einvernehmlichen Lösungen zuzuführen. Der KAG Dialogforum steht ein Geschäftsführer vor, der eine neutrale Persönlichkeit des öffentlichen Lebens sein soll. Er beruft die Sitzungen des großen Dialogforums sowie der Arbeitsausschüsse ein, leitet diese und vertritt das Dialogforum nach außen in der Öffentlichkeit.

Der bisherige Vorsitzende des Dialogforums beendet seine Amtszeit zum Ende des Jahres 2018. Auf dem nächsten großen Dialogforum soll ein neuer Vorsitzender des Dialogforums gewählt werden. Als bisher einziger Vorschlag wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Dialogforums, dem Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde Andreas Igel (SPD), der zum Jahresende aus dem Amt scheidende Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam Jann Jakobs (SPD) vorgeschlagen.

Wir als Fraktion lehnen diesen Vorschlag entschieden ab. Durch diese Besetzung entsteht bei der Bevölkerung der nicht zu entkräftende Eindruck, dass bei den politischen Akteuren im Land Brandenburg eine Versorgungsmentalität vorherrscht. Der Potsdamer Oberbürgermeister scheidet aus seinem Amt und ihm wird nahtlos eine Anschlussfunktion übertragen. Auch wenn dies nicht die tragenden Gründe für eine Entscheidung für Herrn Jakobs wären, beschädigt allein die Mutmaßung der Möglichkeit das Ansehen der im Dialogforum agierenden politischen Akteure.

Darüber hinaus sollte der oder die Vorsitzende des Dialogforums eine „neutrale“ Persönlichkeit des öffentlichen Lebens sein, die in der BER-Region verankert ist oder durch seine bisherige Tätigkeit eine Beziehung zur Flughafenregion BER hat. Auch dies ist aus unserer Sicht bei dem Kandidaten Jann Jakobs nicht gegeben.

Da gemäß § 4 Absatz 1, Satz 1 der Geschäftsordnung der KAG Dialogforum für die Wahl des/der Vorsitzenden der KAG Dialogforum ein einstimmiger Beschluss der Mitglieder des Dialogforums erforderlich ist, soll der Bürgermeister der Gemeinde Zeuthen beauftragt werden, in der Sitzung des großen Dialogforums bei der Abstimmung über den Vorsitz der KAG Dialogforum den Kandidaten Jann Jakobs (SPD) abzulehnen und mit „nein“ zu stimmen.

Darüber hinaus soll der Zeuthener Bürgermeister sich für die Schaffung einer Findungskommission einsetzen, die einen geeigneten Kandidaten/Kandidatin aus der BER-Region bzw. mit inhaltlichem Bezug zur BER-Region sucht und der KAG Dialogforum vorschlägt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister der Gemeinde Zeuthen wird beauftragt, in der Sitzung des großen Dialogforums bei der Abstimmung über den Vorsitz der KAG Dialogforum den Kandidaten Jann Jakobs (SPD) abzulehnen und mit „nein“ zu stimmen.
2. Der Bürgermeister der Gemeinde Zeuthen wird ferner damit beauftragt, den weiteren Mitgliedern des Dialogforums die Einsetzung einer Findungskommission vorzuschlagen. Diese soll einen geeigneten Kandidaten/Kandidatin aus der BER-Region bzw. mit inhaltlichen Bezug zur BER-Region suchen und der KAG Dialogforum vorschlagen.

Anlage/n

Antrag Nr.: 08/2018 der Fraktionsgemeinschaft Grüne/FDP